

Heimkehr und Diaspora: Jüdisches Leben nach der Shoa zwischen Akzeptanz und Ausgrenzung

Veranstalter: Stiftung Ettersberg in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow

Datum, Ort: 19.10.2018–20.10.2018, Weimar

Bericht von: Stefan Hellmuth, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Welche gesellschaftlichen und politischen Bedingungen prägten das jüdische Leben in Europa nach der Shoa? Dieser Frage ging das 17. Internationale Symposium der Stiftung Ettersberg in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow nach. Die wenigen Jüd/innen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus Exil oder Lagerhaft in ihre Heimatländer zurückkehrten, hatten oft ihre Familien, Häuser und sozialen Bindungen verloren, so JÖRG GANZENMÜLLER (Jena/Weimar) in seinem Eröffnungsvortrag. In den späten 1940er-Jahren setzte, aufgrund antisemitischer und antikosmopolitischer Kampagnen, eine Fluchtbewegung aus den osteuropäischen Staaten gen Westen ein. Bis 1947 befanden sich allein 250.000 jüdische Displaced Persons (DPs) in Deutschland. Damit trafen in den ersten Nachkriegsjahren osteuropäische Einwanderer/innen auf die wenigen überlebenden deutschen Jüd/innen. Die 1945 in Deutschland angekommenen jüdischen Rückkehrer/innen beschrieb Israel Kaplan als „ein Durcheinander einsamer Individuen...“, zitierte Jörg Ganzenmüller.

In der ersten Sektion wurde der sozialen Zusammensetzung, Lebenssituation und gesellschaftlichen Stellung jüdischer Gemeinden in Deutschland nachgespürt. Für jüdische Remigrant/innen war bereits die Entscheidung, nach Deutschland zurückzukehren, eine psychologische Hürde, führte CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) mit Blick auf die frühe BRD ein. Die jüdischen Rückkehrer/innen traten zudem in Konkurrenz zu den aus alliierter Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Soldaten, deren Schicksale in Gesellschaft und Medien ungleich präsentiert waren. Für ihren Neuanfang waren die meisten der 33.000 Jüd/innen auf materielle

Hilfe angewiesen. Bis 1948 wurden bei der Verteilung von Nahrungsmitteln und Bekleidung nichtdeutsche Jüd/innen seitens der Besatzungsverwaltung benachteiligt. Dabei traten antisemitisch-rassistische Definitionsmuster zu Tage, die zum Teil auch von jüdischen Personen selbst aus der NS-Zeit übernommen wurden (wie z. B. „Halbjude“ zu sein).

In der SBZ lebten 1946 4.500 jüdische Menschen, die wenigstens stammten aus den ursprünglichen deutschen Gemeinden, schloss JEANNETTE VAN LAAK (Leipzig) an. Die großen jüdischen Organisationen erkannten die neugegründeten jüdischen Gemeinden in Deutschland zunächst nicht an und so blieb die SBZ/DDR für viele nur Transitstation in die USA oder nach Israel. Den Mythos, dass kommunistische Jüd/innen zwangsläufig die DDR als neue Heimat wählen mussten, zerstreute van Laak: Die Remigration sei immer biografisch begründet und mit der politischen oder religiösen Situation im Exil verbunden. Ein Beispiel dafür ist die Lebensgeschichte von Thomas Brasch, der OFER WALDMANN (Berlin) im Werk des Autors nachspürte. Brasch kam als jüdischer Emigrant in die SBZ, wurde später durch den eigenen Vater an das MfS verraten, was literarisch als Verrat Abrahams an seinem Sohn Isaak verarbeitet wurde. Nach Haft und Produktionsarbeit und erfolglosen Versuchen, seine Romane in der DDR zu veröffentlichen, folgte schließlich mit dem Ausreiseantrag der ödipale Akt in zweifacher Hinsicht: Die Abkehr vom „Vaterland“, das ihn weder aufführen, noch veröffentlichen ließ. Und das Abwenden vom konvertierten jüdischen Vater, der zum Kommunisten wurde und zeitweise stellvertretender Minister für Kultur in der DDR war.

Die Fragmentierung jüdischen Lebens in den Besatzungszonen resultierte aus den unterschiedlichen religiösen, sozialen und politischen Strukturen. Allzu oft schwang auf jüdischer Seite tiefes Misstrauen gegenüber der nicht-jüdischen Bevölkerung mit. Ohne den Erfahrungsaustausch verfestigte sich für die deutschen Jüd/innen das Gefühl von Fremdheit im eigenen Land, so die Konklusion aus der Diskussion mit CHRISTIANE KULLER (Erfurt).

Die zweite Sektion des Symposiums widmete sich den Orten jüdischen Lebens und

wurde von TOBIAS FREIMÜLLER (Frankfurt am Main) mit dem Beispiel Frankfurt am Main eröffnet. Nach 1945 fungierte dort die amerikanische Besatzungsmacht für die neue jüdische Gemeinschaft als Schutzmacht und auch die Stadtverwaltung zeigte sich verlässlich solidarisch. Trotz städtischer Versöhnungspolitik wurde das Gemeindeleben in Frankfurt am Main kein Ankerpunkt für jüdisches Leben oder jüdische Identität – die Gemeinschaft war segmentiert. Bis in die 1980er-Jahre hinein blieb das gesellschaftliche Interesse an der NS-Geschichte von der Geschichte der Shoa und deren Zeitzeugen entkoppelt. In Leipzig hingegen war die Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft für jüdische Menschen außerhalb der Gemeinden nahezu unmöglich oder wurde nicht wahrgenommen, so STEFFEN HELD (Leipzig) zu Beginn seines Beitrags. Nach der Klassifizierung der „Opfer des Faschismus“ (OdF) standen verfolgten Jüd/innen weit weniger Sozialleistungen zu, als politisch Verfolgten oder aktiven „Kämpfern gegen den Faschismus“, was die gesellschaftliche Abspaltung unterstrich. Die Unsichtbarkeit jüdischer Opfer wurde nicht zuletzt in der Erinnerungspolitik deutlich: Den jüdischen Opfern der Shoa wurde staatlicherseits nicht gedacht.

Mit einem Blick nach Frankreich beschrieb SEBASTIAN VOIGT (München) für die Stadt Paris einen ähnlichen Befund. Nach 1945 kamen mit dem Kriegsende und der Dekolonisierung verstärkt sephardische Jüd/innen nach Paris, wo sie ein vielfältiges Gemeindeleben aufbauen konnten. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Shoa blieb jedoch aus. So wurde auch die Mitverantwortung an der Shoa durch die Kollaboration der französischen Bevölkerung mit den deutschen NS-Besatzungsmacht erst 1995 offiziell anerkannt. In der Diskussion mit NICOLAS BERG (Leipzig) wurden die aufgezeigten Ambivalenzen als verbindendes Element der drei vorgestellten Beispiele betont. Im Kontext städtischer Politik und Gesellschaft blieb jüdisches Leben nach 1945 von einer gesellschaftlichen antisemitischen Grundhaltung und dem Misstrauen der jüdischen Gemeinschaft geprägt.

In der abschließenden Diskussion mit AXEL DOBmann (Jena) wurden zwei Bei-

spiele vorgestellt, wie jüdisches Leben nach 1945 im Museum erzählt werden kann. Die Kuratorin JUTTA FLECKENSTEIN (München) stellte die 2011/2012 gezeigte Ausstellung „Juden 45/90. Von da und dort – Überlebende aus Osteuropa“ aus dem Jüdischen Museum München vor. Die Ausstellung präsentierte Alltagsobjekte osteuropäischer DP's, die nach 1945 in den Aufnahmelagern in und um München ankamen. Die Geschichten der Zeitzeug/innen wurden an ihre Dinge geknüpft und somit erzählt, was zuvor kaum selbst aufgearbeitet wurde. Indem das Museum die Zeitzeug/innen selbst zum Gegenstand machte, wurde die Ausstellung zum Erinnerungsort für und an Menschen, die nach 1945 an kaum einem Ort bleiben konnten. Die von WERNER HANAK-LETTNER (Wien) konzipierte Dauerausstellung im Jüdischen Museum Wien wiederum zeigt jüdische Wehrhaftigkeit, aber auch, dass 1945 die jüdische Geschichte in Wien nicht endete. Im Anschluss wurden die Chancen des Ausstellens jüdischer Geschichte(n) in Europa verdeutlicht: Die Erzählung einer jüdischen Geschichte von Flucht, Vertreibung und Rückkehr bietet sich zum Vergleich mit aktuellen Fluchtgeschichten von Emigrant/innen in die EU an. Damit kommt gerade jüdischen Museen die Aufgabe zu, aktive Integrationsarbeit zu leisten und Aufklärung über den Antisemitismus zu betreiben.

Mit dem Blick nach Osteuropa startete die vierte Sektion. FRANK GRÜNER (Bielefeld) beschrieb das Spannungsfeld zwischen Nachkriegshoffnung und antisemitischen Kampagnen in der Sowjetunion. Neben der langsamen Regeneration jüdischen Lebens nach 1945 etablierte das sozialistische Regime sein Herrschaftssystem. Direkten Kontakt zur Sowjetregierung herzustellen, war jüdischen Gemeinden kaum möglich. Im Zuge einer ideologischen Abgrenzung zum Westen, sollte jegliche Art von „wurzellosem Kosmopolitismus“, also vermeintlich antipatriotische Intellektuelle, bekämpft werden. Die antikosmopolitischen Kampagnen der Sowjetführung trafen überwiegend die jüdische Bevölkerung. Für jüdische Menschen bedeutete das, dass ihnen Staatsbürgerschaften und gesellschaftliche Partizipation verwehrt blieben. Ebenso prägte die an-

tisemitische und antikosmopolitische Propaganda der Sowjetunion das Leben der tschechischen Jüd/innen seit den 1950er Jahren. KATEŘINA ČAPKOVÁ (Prag) stellte dar, wie im Zuge antikosmopolitischer Verfolgungen jüdische Menschen vermeintlich wirtschaftlicher Vergehen beschuldigt wurden und nicht wegen ihrer Herkunft. Das Leben der emigrierten slowakischen Jüd/innen war in der Tschechoslowakei auch von Stabilität geprägt. Nach der Shoa eine neue, eine zweite Familie gründen zu können, war für viele jüdische Überlebende wichtiger, als jüdisches Gemeindeleben.

Mit einem Blick auf die politischen Biografien der Initiatoren des ersten Wiedergutmachungsgesetzes in der SBZ/DDR zeigte PHILIPP GRAF (Leipzig), wie sich die junge DDR gegenüber projüdischer Initiativen politisch positionierte. Paul Merker und Leo Zuckermann, letzterer ein kommunistischer Jude, brachten 1948 einen Gesetzesentwurf im Politbüro ein, der eine kollektive Wiedergutmachung für die jüdischen Opfer der Shoa vorsah. Das Wiedergutmachungsgesetz scheiterte jedoch am antizionistischen Kurs der DDR-Führung und blieb ein Intermezzo. Ab 1950 wurden Zuckermann und Merker von der politischen Bühne gedrängt. Zuckermann floh nach Westberlin, Merker wurde verhaftet. Der polnische Antisemitismus hingegen hatte religiöse bzw. antijudaistische Hintergründe, wie KATRIN STOLL (Warschau) in ihrem Beitrag zeigte. Mit dem Einmarsch der Sowjetunion 1946 bekam der Juden Hass ein politisches Gewand. Jüdischen Menschen wurde konsequent eine kommunistische Haltung zugeschrieben und damit auch die Kollaboration mit der sowjetischen Besatzung. In dieser Gemengelage wurden im Gedächtnis der polnischen Gesellschaft die Kollaborateure und Opfer während der deutschen Besatzung vertauscht. So wurden in den antisemitischen Kampagnen ab 1968 die Bilder eines kosmopolitischen, antipolnischen oder kommunistischen Judentums geprägt. In den osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften kollidierten also die Hoffnungen der jüdischen Gemeinschaft auf einen Neuanfang mit dem neuerlich erstarkenden Antisemitismus, so das Resümee MALTE ROLFS (Bamberg) aus der Diskussion.

Das letzte Kapitel des Symposiums widmete sich der juristischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Shoa nach 1945. DAGI KNELLESSEN (Leipzig) zeigte, wie 1950 die Initiative jüdischer Zeitzeug/innen in der BRD zu Prozessen gegen das Personal des Vernichtungslagers Sobibór führte. Da die jüdischen Opfer auf Gegenüberstellungen mit dem ehemaligen Wachpersonal drängten, konnte es zum Prozess kommen. Die Berichterstattung um den Prozess sprach die jüdischen Zeug/innen vom immanenten Vorwurf der Rachsucht frei. Dieser Generalverdacht der deutschen Nachkriegsgesellschaft zeigt deren antisemitische Grundeinstellung. In den folgenden Jahren wurde die deutsche Justiz mehr und mehr von alten NS-Juristen besetzt, was zur Folge hatte, dass die Glaubwürdigkeit jüdischer Zeug/innen zunehmend in Zweifel gezogen wurde. Letzteres griff die Propaganda der DDR-Regierung auf. Die Tätersuche der DDR-Historiografie konzentrierte sich seit dem Eichmann-Prozess 1961 auf die Bundesrepublik, führte ALEXANDER WALTHER (Jena) in seinen Beitrag ein. Der Monopolkapitalismus des NS-Staates habe den Antisemitismus für seine Zwecke zu nutzen gewusst, womit die DDR-Geschichtsschreibung im Kapitalismus eine politisch verwertbare Erklärung für die Ursachen der Shoa fand. Am Beispiel des Historikers Helmut Eschwege zeigte Walther, mit welchen Widerständen jüdische Historiker/innen in der DDR konfrontiert wurden. Die prominente Rolle jüdischer Opfer und die mangelnde politische Konnotation in Eschweges Arbeiten zur Geschichte der Shoa verhinderten deren Publikation in der DDR. Auch prominente jüdische Historiker mieden die Beschäftigung mit der Shoa, was dem allgemeinen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Desinteresse an der Aufarbeitung entsprach.

Dieser kollektiven Verdrängung erlag letztlich auch das Jüdische Historische Institut in Warschau, das STEPHAN STACH (Prag) vorstellte. Die 1944 gegründete Jüdische Historische Kommission sammelte jüdische Quellen zur Shoa und firmierte später zum Historischen Institut. Als solches übernahm es die transnationale Aufarbeitung der Shoa. Indem der kommunistische Zentralrat

1949 die gesamte Institutsleitung durch politisch zuverlässigere Mitarbeiter/innen ersetzt, entging das Institut der Schließung. Ab diesem Zeitpunkt prägten propagandistische, überwiegend antiamerikanische Einflechtungen die Publikationen des Institutes. Mit der großen antisemitischen Kampagne 1968 verließen auch die letzten jüdischen Mitarbeiter/innen das Institut und wurden durch eine ältere Wissenschaftlergeneration ersetzt, die das Thema Shoa mied.

RAPHAEL UTZ' (Jena) Resümee der letzten Sektion des Symposiums pointierte zugleich den Befund der gesamten Tagung: Die Frage der Zeiteugenschaft und die Rückgewinnung der Deutungshoheit über die Geschichte der Shoa waren ein immanenter Teil der osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften. Für die deutsche Tätergesellschaft und die osteuropäischen Kollaborateure blieb dabei der Antisemitismus Nährboden und Handlungsmaxime. Das Intermezzo der moralischen Zeugenschaft in den ersten bundesdeutschen Shoa-Prozessen, bei denen die Entpersonalisierung der Shoa aufgebrochen wurde, wurde alsbald durch die deutsche Justiz marginalisiert.

Das 17. Internationale Symposium der Stiftung Ettersberg beleuchtete überwiegend die Bedingungen jüdischen Lebens in Osteuropa nach 1945. Das gesellschaftliche und politische Lebensumfeld jüdischer Menschen in den westeuropäischen Ländern klang nur vereinzelt an. Eine jüdische Perspektive auf das Leben nach 1945 wurde in den meisten Beiträgen vom Blick auf die Folgen der Shoa und die neuerlichen antisemitischen Verfolgungen überlagert.

Konferenzübersicht:

Eröffnung: Jörg Ganzenmüller (Weimar / Jena) / Jörg Deventer (Leipzig)

Sektion I: Wiederherstellung der Gemeinden in Deutschland: Remigration – Immigration – Generation

Moderation: Christiane Kuller (Erfurt)

Constantin Goshler (Bochum): Überlebende und Remigranten in der BRD

Jeannette van Laak (Leipzig): Überlebende und Remigranten in der SBZ/DDR

Ofer Waldman (Berlin): Von Isaak zu Ödipus: Biographisch-literarische Verflechtungen bei Thomas Brasch

Sektion II: Orte jüdischen Lebens: Integration – Identitäten – Institutionen

Moderation: Nicolas Berg (Leipzig)

Tobias Freimüller (Frankfurt am Main): Frankfurt am Main

Steffen Held (Leipzig): Leipzig

Sebastian Voigt (München): Paris

Sektion III: Jüdische Geschichte nach 1945 ausstellen

Moderation: Axel Doßmann (Jena)

Podiumsdiskussion: Jutta Fleckenstein (München) / Werner Hanak-Lettner (Wien)

Sektion IV: Politische Erfahrungen nach 1945: Sozialismus – Nationalismus – Antisemitismus

Moderation: Malte Rolf (Bamberg)

Frank Grüner (Bielefeld): Sowjetunion – Nachkriegshoffnungen und antisemitische Kampagnen

Kateřina Čapková (Prag): Juden in der Tschechoslowakei und der Slánský Prozess

Philipp Graf (Leipzig): SBZ/DDR – Paul Merker und Leo Zuckermann

Katrin Stoll (Warschau): Polen – Vom Pogrom in Kielce 1946 zur antisemitischen Kampagne 1968

Sektion V: Auseinandersetzungen mit Shoah und Neubeginn: Zeugenschaft – Wissenschaft – Museum

Moderation: Raphael Utz (Jena)

Dagi Knellessen (Leipzig): Paradoxe Konstellationen, gegenläufige Entwicklungen. Jüdische Zeugen in NS-Prozessen vor der bundesdeutschen Justiz

Alexander Walther (Jena): Historiker in der DDR

Stephan Stach (Prag): Das Jüdische Historische Institut in Warschau

Schlusswort: Franz-Josef Schlichting (Erfurt)

Tagungsbericht *Heimkehr und Diaspora: Jüdi-*

Heimkehr und Diaspora: Jüdisches Leben nach der Shoa zwischen Akzeptanz und Ausgrenzung

ches Leben nach der Shoa zwischen Akzeptanz und Ausgrenzung. 19.10.2018–20.10.2018, Weimar, in: H-Soz-Kult 31.08.2019.